

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verlagsprecher Rudi Löhner Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Des Pudels Kern. — Unser Verband am Schlusse des 14. Kriegsmonats. — Erweiterung der Kriegsteuerzulage in Köln. — Wochenbericht vom Krieg. — Kriegsbriefe. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste. — Feuilleton: Die Regelung der Kohlenverbrennung. (1.)

Des Pudels Kern.

Ausdehnung der öffentlichen Betriebe nach dem Kriege?

Zwar ist das Allgemeininteresse zurzeit so stark auf die unmittelbaren Vorgänge gerichtet — insbesondere verdient die widerliche Ausbeutung der Konsumenten fortwährenden energischen Protest —, doch dürfen wir darüber die unmaßstäbliche Fortentwicklung des Wirtschaftslebens nicht außer acht lassen.

Eine Reihe von uns wiederholt aufgezählter Symptome machen es wahrscheinlich, daß die öffentlichen Betriebe in Deutschland eine größere Ausdehnung erhalten nach dem Kriege. Siderlich nicht ohne heftigste Bekämpfung durch die unentwegten Förderer des Privatprofits, wie sie etwa in der „Arbeitgeberzeitung“ ihr Sprachrohr besitzen. Aber die Finanznot in Staat und Gemeinde dürfte der stärkere obliegende Faktor in diesem Widerstreit der öffentlichen und privaten Interessen sein.

Das könnte beim flüchtigen Betrachten der Dinge für unsere Kollegen Anlaß geben, die voranschreitliche Entwicklung zu begrüßen. Aber wir haben in verschiedenen Artikeln bereits „Wasser in den Wein“ geschüttet, indem wir die Schattenseiten flüchtig andeuteten, die sich gerade dadurch ergeben müssen, daß man die finanzielle Ausnutzung der öffentlichen Betriebe in den Vordergrund rückt, während die selbstverständlich wichtigere und begrüßenswertere soziale Seite leicht dadurch in den Hintergrund gerät.

In dem Buch von Legien-Thimme „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“ (s. a. „Gew.“ Nr. 37) ist in dieser Beziehung der Aufsatz Dr. Jassßs besonders für uns bemerkenswert, weil er die Vermehrung der Monopolbetriebe fordert, um die Einnahmen des Reiches usw. zu erhöhen. Der Verfasser kommt dabei zu folgenden recht interessanten Darlegungen über die Regelung des Arbeitsverhältnisses:

„Da es weder im Interesse des Staates, noch in dem der Allgemeinheit, noch in dem der Arbeiter liegen kann, sie alle zu Beamten zu machen, so muß ein anderer Weg gefunden werden, um ihre Interessen zu wahren und ihnen eine Stellung zu geben, in der sie nicht nur Objekte der unerlässlichen staatlichen Regulierung sind.

Auch hier könnte man zunächst an eine politische Beeinflussung, etwa in der Form weitgehender parlamentarischer Kontrolle der öffentlichen Betriebe denken. Die Vergangenheit hat aber gelehrt, daß eine irgendwie weitergehende Beeinflussung dieser Art praktisch unmöglich ist. Sie führt, wenn sie wirksam ist, zur politischen Korruption oder aber sie erschöpft sich in langatmigen Debatten

über einzelne Punkte, die höchstens zur Abstellung besonders herorstechender Mißstände führen können, darüber hinaus aber wenig leisten.

Es gilt also auch hier, den Arbeitern einen direkten Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses einzuräumen, und da die ganze bisherige Taktik der Gewerkschaftsbewegung auf den Privatbetrieb zugeschnitten ist und im öffentlichen verfangen muß (Streikrecht des Beamten!), so müssen hier neue Formen gefunden werden. Diese Aufgabe ist von um so größerer Bedeutung, als eine Rückwirkung auf die Stellung der Arbeiter in den verbleibenden privaten Betrieben unvermeidlich ist und die Verhältnisse in den Monopolbetrieben vorbildlich werden für das gesamte Problem der Beziehungen der Arbeiterschaft zum Unternehmertum.

Nach den Erlebnissen dieses Krieges werden wir den Arbeitern in ihrer Gesamtheit ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht über die Bedingungen, unter denen ihre Arbeit sich vollzieht, nicht verweigern können. Die Arbeitsbedingungen können in Zukunft nicht mehr das Resultat der mechanischen Wirkung von Angebot und Nachfrage sein; sie werden vielmehr unter allen Umständen gewisse Mindestforderungen mit Bezug auf Lohnhöhe, Arbeitszeit, Stellung der Arbeiter im Betriebe erfüllen müssen. Das läßt sich aber nicht in schematischer Weise für die Gesamtheit der Unternehmungen und der Arbeiterschaft festsetzen, sondern erfordert in jeder Branche, ja oft in jedem Einzelbetriebe, das verständnisvolle, intensive und dauernde Zusammenwirken aller Beschäftigten.

Die geringen Erfolge, die bisher mit Arbeiteraus-schüssen und ähnlichen Einrichtungen erzielt wurden, haben ihren Grund in deren beschränktem Wirkungskreise, daneben auch in der verschlechten Organisation und in dem häufigen Wechsel ihrer Mitglieder. Der zugrundeliegende Gedanke der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung ist aber ein richtiger; er muß nur ausgebaut und verstärkt werden, um Wirksamkeit zu gewinnen. Das Interesse der Arbeiter an dem Gedeihen und damit an der richtigen Organisation und Führung der Betriebe ist mindestens ebenso groß wie das der Unternehmer oder der leitenden Beamten; es ist sicher größer und lebenswichtiger als das der lediglich mit ihren Kapitaleinschüssen beteiligten Aktionäre. Trotzdem entspricht der verhältnismäßige Anteil an der Leitung und Organisation der Unternehmungen nicht diesen Tatbeständen. Der Kapitalbesitzer hat auf dem Wege über die Generalversammlung, als Großaktionär durch die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat, eine einigermaßen feiner Bedeutung entsprechende Möglichkeit der Beeinflussung, die mit dem Unternehmen liierten Banken oder Finanziers besitzen eine solche oft sogar weit über die Grenze ihrer wirklichen Beteiligung hinaus. Die Arbeiterschaft aber entbehrt so ziemlich jeder Möglichkeit einer Einflußnahme; wenn eine solche aber dennoch ausgeübt werden soll, so muß sie von außen kommen (gewerkschaftliche Organisation, Streik) und kann sich dann dem besonderen Verhältnis des Einzelunternehmens nicht anpassen, muß dies oft sogar schädigen, um zu ihrem Ziel zu gelangen.

Es liegt daher auch der Abneigung der Unternehmer, mit den Gewerkschaften und deren Vertretern zu verhandeln und ihnen als Außenseitenden einen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewähren, kurz, in dem, was man den „Herrn im Hause“ Standpunkt nennt, in gewissem Umfange ein berechtigtes Gefühl zugrunde. (? D. R.) Nur vergessen solche Unternehmer, daß sie selbst als solcher von außen kommenden Einwirkung ausgesetzt sind, weil sie ihren Arbeitern innerhalb des Betriebes keine Einflußnahme gestatten und sie so zwingen, zum Trend von außen her zu greifen. Das, was somit der letzte Notbehelf wäre, wird so zum Werkzeug täglichen Druckes auf dem an sich ungeeigneten Weg von außen her.

Dem ist nur abzuhelfen, wenn man der Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes ein Mitbestimmungsrecht mit Bezug auf alle die Arbeiter direkt berührenden Fragen einräumt, wenn man sie so im Betrieb heimisch macht und ihnen das Gefühl gibt, daß sie mit-interessiert sind.

Man hat in einigen Musterbetrieben versucht, dies auf dem Umweg über die Gewinnbeteiligung zu erreichen, mit wirklichem Erfolg für alle Beteiligten aber nur dort, wo man den Arbeitern auch sonst einen weitergehenden Einfluß auf die gesamten Arbeitsbedingungen einräumt. Wenn wir in Zukunft die Schärfe der bisherigen Gegensätze vermeiden, die auf den Schlachtfeldern bewährte und durch Blut besiegelte Einheitsheit der Nation auch in den künftigen Frieden hinübertragen wollen, so kann das nur geschehen, wenn wir dem Produktionsfaktor Arbeit den seiner Wichtigkeit entsprechenden Einfluß in jedem einzelnen Betriebe einräumen. Wir vollziehen damit nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern wir schaffen auch zugleich gesunde Verhältnisse in der Industrie selbst und legen damit die Grundlage zur Höchstleistung ihrer Leistungsfähigkeit: Interesse der Arbeiter am Betrieb und an dessen Ergebnissen, Vermeidung von Reibungen, Arbeitsstreitigkeiten und Streiks, geringerer Wechsel der Arbeiterschaft infolge Heimischmachung im Betriebe, Verbesserung der Technik und der Arbeitsanpassung unter Aufnahme der Gedanken des Taylor-Systems durch die Arbeiter selbst.

Die Form, unter der die Beteiligung an der Leitung des Unternehmens sich vollziehen würde, kann hier, wo es sich zunächst nur um die Formulierung des Gedankens handelt, nur angedeutet werden: Innerhalb jedes Betriebes wäre eine Organisation der Arbeiterschaft zu schaffen, die aus ihrer Mitte Vertreter wählt, welche dann, im Einverständnis mit der Leitung, an der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen teilnehmen würden; in größeren Betrieben wäre dem Arbeitervertreter eine derjenigen des technischen und des kaufmännischen Leiters gleichgeordnete Stellung einzuräumen. Die gleiche Einrichtung wäre sinngemäß auf die öffentlichen und halböffentlichen Betriebe auszudehnen.

Der springende Punkt liegt natürlich in der Frage, welches Gewicht im Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen Arbeitervertreter und Oberleitung der Ansicht des ersteren einzuräumen wir. Der einzig gangbare Weg wäre wohl, für die verschiedenen Betriebe und Branchen Mindestbedingungen festzustellen, unter die auf keinen Fall heruntergegangen werden darf. Diese Festsetzungen hätten zu erfolgen durch gemeinsame Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter dem Vorsitz unparteiischer Beamten, etwa in der Art, wie sie das englische Gesetz über Mindestlöhne im Kohlenbergbau für die Festsetzung der Bezüge in den verschiedenen Distrikten vorsieht. Diesen oder ähnlichen permanenten Ausschüssen, die eventuell mit richterlicher Gewalt auszurüsten wären, müßten ferner alle nicht im Einverständnis der Beteiligten in den einzelnen Betrieben zu schlichtenden Differenzen zur Entscheidung vorgelegt werden. Wahrscheinlich wird es notwendig sein, höhere Instanzen zu schaffen, an die für die arbeitsrechtlichen Entscheidungen appelliert werden könnte. Als Spitze des Ganzen könnte man eine Einrichtung ins Auge fassen, wie sie in England das „house of lords“ als letzte Instanz bildet, oder noch besser ein besonderes Verfassungsparlament, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre Organisationen vertreten wären.

Eine solche Neuordnung würde natürlich das ganze Gebiet der gewerkschaftlichen Arbeit völlig umgestalten, sie würde aber die bisherige Gewerkschaftsform, die Arbeiter aller Betriebe der gleichen Branche umfaßt, nicht überflüssig machen, diese würde vielmehr auf das Niveau einer höheren Instanz erheben werden und für alle Fragen zuständig sein, die den Gesamtberuf betreffen oder die im Einzelbetrieb nicht erledigt werden können. Zugleich würden die Gewerkschaften in der Mitwirkung an dem erwähnten Verfassungsparlament einen überaus wichtigen Wirkungskreis finden; die Gewerkschaftsorganisation in der dreifachen Gliederung, der Betriebsvereine, der Berufsvereine und des Parlaments der Arbeit, würde an Bedeutung nichts verlieren, sondern gewinnen.

Aber auch der politisch-parlamentarischen Betätigung der Arbeiterschaft in ihrer heutigen Form ist damit ein großes neues Arbeitsfeld eröffnet; es gilt, die gesetzliche Form für diese Neugestaltung zu schaffen, es gilt die Mitarbeit an der Ausgestaltung der staatlichen Monopolverträge und deren Kontrolle. Wenn diese Arbeit getan ist, dann kommt vollst. der Augenblick, in dem der wirtschaftliche Kampf aus der Diskussion des politischen Parlaments ausweicht und — soweit er notwendig ist — dem Verfassungsparlament, das sich auf den freien wirtschaftlichen Organisationen und dem staatlichen Wirtschaftsbeamtentum aufbaut, überlassen werden kann.

Uns will scheinen, als ob Professor Dr. Jassé da ein Gebilde haben möchte, daß entweder den einflusslosen Arbeiteranschüssen in der Praxis ähneln müßte oder — keine Aussicht auf Einführung hätte!

Da sind wir nach der bald fünfzehnjährigen Erfahrung unserer Organisation denn doch der Meinung, daß der von uns im Verbandsprogramm vorgeschlagene und zum großen Teil bereits mit Erfolg durchgeführte Weg zur Anerkennung des vollen Koalitionsrechts und sozialen Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses in öffentlichen Betrieben sehr wohl konsequent durchgeführt werden kann, ohne irgendwelche Gefährdung der öffentlichen Allgemeininteressen.

Zwar fanden wir erst dieser Tage wieder einmal — sogar in der demokratischen „Berliner Volkszeitung“ — einen Artikel vom Redakteur des „Verbandes deutscher Eisenbahnhändler und -arbeiter“, der sich gegen „das Streikrecht der Eisenbahner“ wendet, unter diesem verkappten Titel aber gegen das Recht der freien Gewerkschaften wettert, gleichfalls in Staatsbetrieben freigewerkschaftliche Agitation zu entfalten!

Nun sind wir von diesem Verband mit den 104 000 Papierfoldaten und unglaublich geringen Leistungen nichts besseres als demutsvolle Hoffnungen und Wünsche gewöhnt, allenfalls noch aus Monfranzensfurcht eingegebene Sozialistenbekämpfung und Formulierungen eines „Staatsarbeiterrechts“, über dessen Möglichkeiten wir uns an dieser Stelle wiederholt ausgesprochen haben.

Es mag auch noch eingewendet werden, daß wir nach wie vor unterscheiden müssen zwischen den öffentlichen Betrieben des Staates und denen der Gemeinden.

Für den Staat kommen außer den bisherigen Post- und Eisenbahnbetrieben voransichtlich Monopole des Massenkonsums zur Verstaatlichung in Frage. Eine Ausdehnung der Gemeindebetriebe aber wird sich aller Voraussicht nach in der Richtung bewegen, daß Elektrizitätswerke, Straßenbahnen und andere bislang privatgewerbliche Betriebe in die Hände der Gemeinden überführt werden.

Gerade für diese Gemeindebetriebe aber erscheint uns die rechtliche Basis des Arbeitsverhältnisses in jeder Beziehung gleichartig dem des privaten Arbeitsverhältnisses. Jede Einschränkung des Koalitionsrechts oder irgendwelche Einschränkung des Arbeiterrechts zugunsten des ohnehin sehr starken öffentlichen Unternehmens müßte im höchsten Maße sozial ungerecht und erbitternd wirken.

Die Tendenz der Gemeindebetriebe wird in den nächsten Jahren nach dem Kriege ohnehin sein, „sparsam“ zu wirtschaften, um Ueberschüsse zu erzielen und andere Lächer im Budget zuzustopfen. Diese unseren Kollegen nur zu wohl bekannte „Sparhaftigkeit“ setzt in der Regel bei den Arbeitern Löhnen ein!

Wir haben ein krasses Beispiel in den traurigen Verhältnissen des Anstaltspersonals und möchten wahrlich nicht weiter solche „Musterbetriebe“.

Werden der Arbeiterschaft aber Koalitionsstrafen gezogen, so ist ihr sozialer Aufstieg im höchsten Grade gefährdet.

So kehren wir nach dieser kurzen Abschweifung wieder zu unserem Ausgangspunkt zurück: die Verwirklichung der öffentlichen Betriebe bedingt auch nach Jassé Ausgestaltung des sozialen Arbeiterrechts der beteiligten Schichten!

Unser Weg erscheint uns indessen klar vorgezeichnet durch Verbandsprogramm und die seit unruhigen Taktik der freien Gewerkschaften. Daß wir jetzt und nach dem Kriege in starker Geschlossenheit unsere Forderungen zur Geltung bringen, ist jetzt die Frage!

Wir weisen nicht daran, daß die heimkehrenden Kollegen für unsere Organisation eine so starke struktuelle bilden werden, daß wir einmal unserem Verbands-Motto (am Kopf jeder „Gewerkschaft“) zum Siege verhelfen. Das aber ist des Pudels Kern!

Unser Verband am Schlusse des 14. Kriegsmonats.

Die Berichterstattung der sämigen Filialen wurde diesmal durch den etwas späteren Termin der Veröffentlichung begünstigt, so daß nur drei Filialen, Landshut i. B. (Gau Augsburg), Lörrach (Straßburg) und Worms (Mannheim) nicht berichteten. Die Zahl der Einberufenen stieg von 23477 auf 24044 (also um 567). Durch vermehrte Neuaufnahmen ist indessen der Gesamtbestand nur um 456 zurückgegangen.

Die Zahl der Familienangehörigen der eingezogenen Mitglieder steigerte sich um 329 Frauen und 1321 Kinder.

Die Arbeitslosenunterstützung erfuhr in der Berichtszeit gegenüber dem vorigen Monat eine Steigerung um 305 M. auf 767,50 M. An Krankenunterstützung wurden 3263,15 Mark (11516,56 M.) und an Sterbeunterstützung 1238,75 M. mehr (7791,25 M.) verausgabt. In diesen Zahlen kommt schon die volle Inanspruchnahme unseres Statuts zum Ausdruck, bedeuten sie doch eine Mehrbelastung durch die statutarischen Unterstützungen von insgesamt 4512,90 M.

Unsere Mitgliederbewegung zeigt in denselben Gauen, die im vorigen Berichts eine Zunahme aufzuweisen hatten, auch diesmal eine solche in Berlin, Breslau, Lübeck und Magdeburg. Im ganzen haben die Riffen der einzelnen Gauen nur geringfügige Veränderungen erfahren. Auch hier zeigt sich das gleiche Bild wie in der Gesamtaufstellung, daß die Mehrzahl der Gauen die durch Einberufungen bedingte Mitgliederabnahme durch Neuaufnahmen ausgleichen konnten. Leider hat auch die

Zahl der Geschiedenen eine Erhöhung um 81 Kollegen erfahren, so daß wir nun den Verlust von 1085 Kollegen zu beklagen haben. In nachstehendem geben wir eine Uebersicht zum Vergleich mit den vorhergehenden Aufstellungen:

Gau	Mitglieder am Schluß des H. Cu. 1914	Mitglieder abnahme tag u. Statut	Mitglieder abnahme	Zum Naturzunahme	Darvon im Felde gefallen	Angehörige der eingezogenen Ehefrauen	Mitglieder	
15. August . . .	54522	36759	1919	10651	—	8517	18001	531
31. " . . .	54522	39432	400	13473	—	9296	18215	727
15. September . . .	54522	36617	2776	13929	—	10692	20917	575
30. " . . .	54522	36656	2779	14569	—	11508	22117	511
15. Oktober . . .	54522	36747	2494	15044	—	11921	22730	459
31. " . . .	54522	36229	2905	15262	—	12099	23347	462
30. November . . .	54522	35858	2903	15547	—	12478	23867	460
31. Dezember . . .	54522	34850	3600	16072	—	12494	24070	523
31. Januar 1915 . . .	54522	34333	3627	16562	—	12609	24631	423
28. Februar . . .	54522	33585	3461	17476	640	13576	25975	317
31. März . . .	54522	31831	3395	19296	643	14796	27893	201
30. April . . .	54522	31046	2968	20508	715	15721	30588	82
31. Mai . . .	54522	30322	3075	21125	772	16102	31782	67
30. Juni . . .	54522	29297	3345	21970	835	16703	32677	72
31. Juli . . .	54522	28682	3041	22799	913	17294	34034	90
31. August . . .	54522	28300	2745	23477	1001	17808	34979	61
30. September . . .	54522	27844	2634	24044	1085	18137	36300	77

Stand unserer Organisation am 30. September 1915.

Listende Nr.	Gau	Mitgliederzahl am		Mitgliederabnahme	Summe eingezogenen	Darvon im Felde gefallen	Angehörige der eingezogenen		Arbeitslose	Summe bis 30. September auf Kosten der ausgegabene Unterstützungen		Gesamtsumme						
		Schluß des H. Cu. 1914	30. Sept. 1915				Frauen	Kinder		an Arbeitslose	an Kranke	in Sterbefällen	M.	Stk.				
1	Augsburg	786	421	111	254	14	196	374	1	1	19	—	184	50	223	50		
2	Berlin	9619	5105	680	5194	216	3525	6001	9	4	59	—	2293	—	1401	25	8763	25
3	Brandenburg	1022	476	171	375	21	312	611	—	—	—	—	238	75	585	—	823	75
4	Bremen	2670	1370	27	1073	61	784	1536	—	—	—	—	341	76	135	—	476	76
5	Breslau	1360	653	59	766	81	675	1502	2	1	15	—	110	50	210	—	335	50
6	Dresden	3381	1867	160	1354	71	1150	2798	3	8	82	—	745	50	405	—	1232	50
7	Friedrichsdorf	2459	819	559	1081	43	677	1128	1	—	—	—	262	50	810	—	572	50
8	Hannover	3109	1621	122	1368	39	1086	2456	3	2	14	—	987	25	410	—	1411	25
9	Hamburg	7075	3520	14	3541	134	2450	4276	2	2	76	50	1369	50	1290	—	2735	—
10	Hannover	1171	650	48	473	28	398	836	3	2	45	—	106	—	90	—	241	—
11	Königsberg	1162	333	154	675	40	588	1286	—	—	—	—	166	50	215	—	391	50
12	Leipzig	3172	1651	256	1285	51	1068	2171	12	10	111	75	562	89	190	—	854	64
13	Lübeck	1596	1045	56	697	35	513	1030	1	1	22	50	559	20	270	—	850	70
14	Magdeburg	1499	931	48	616	30	471	850	11	11	177	50	218	50	615	—	1011	—
15	Mannheim	3326	1756	122	1448	56	1021	2749	2	2	14	—	638	80	560	—	1212	80
16	München	3368	2132	219	1017	61	777	1387	5	4	71	50	1054	50	205	—	1331	—
17	Münster	2618	1066	485	1117	54	940	2045	1	1	27	50	491	75	355	—	874	25
18	Straßburg/E.	1909	629	589	691	23	613	1426	2	1	11	—	302	25	80	—	943	25
19	Stuttgart	2908	1464	410	1030	72	859	1890	2	2	13	75	974	91	445	—	1433	60
20	Einzelmitgl.	312	131	80	101	5	34	48	17	1	7	50	—	—	—	—	7	50
		54522	27844	2634	24044	1085	18137	36300	77	48	767	56	11546	56	7791	25	20105	31

Erweiterung der Kriegsteuerzulage in Köln.

Ueber den von der Kölner Filiale im Frühjahr d. J. unternommenen Versuch, einen Ausgleich zwischen dem Einkommen der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen und den enorm gesteigerten Ausgaben für die Lebenshaltung zu schaffen, sowie über den Erfolg der Bewegung bzw. die Beschlüsse der Stadtverordneten haben wir in der „Gewerkschaft“ laufend berichtet.

Die Ausschaltung eines großen Teiles der Beschäftigten sowie die Infolge des unverschämten Wunders jener Kreise, die den Krieg „als eine gute Konjunktur betrachten“, weitere starke Erhöhung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise veranlaßte die Filiale, erneut der Stadtverwaltung den Antrag zu unterbreiten, eine anderweitige Festsetzung der ab 1. April gezahlten Steuerzulage und Zahlung derselben an alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu treffen.

Dieser Antrag hatte insofern Erfolg, daß nach einem Beschlusse der Stadtverordneten im Oktober 1915 die Neu Festsetzung der Kriegsteuerzulage wie folgt geregelt wird:

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit der Neu Festsetzung der Kriegsteuerzulage an Arbeiter, Arbeiterinnen, Dienstmädchen und Bureauhilfsarbeiter, die einen Lohn von mehr als 5 M. bis zu 7,40 M., und an Beamte und Angestellte, die ein Gehalt von 1600 M. bis 2400 M. beziehen, einverstanden, mit der Einschränkung, daß die Steuerzulage nur verheirateten und solchen unverheirateten Arbeitern usw. gewährt werden soll, die als Haupternährer ihrer Familie anzusehen sind und mit dieser in häuslicher Gemeinschaft leben. Es sollen erhalten: Arbeiter usw. mit einem Lohn von mehr als 5 M. und weniger als 7,40 M., wobei Zulagen und Nebenstundenlöhne unberücksichtigt bleiben, und Beamte usw. mit einem Gehalt von mehr als 1600 M. bis 2400 M.: a) Unverheiratete der oben erwähnten Art und Verheiratete ohne Kinder 5 Proz.; b) Verheiratete mit ein oder zwei Kindern bis zu 11 Jahren oder älteren, nach schulpflichtigen oder gänzlich erwerbsunfähigen Kindern 7 Proz. und c) Verheiratete mit mehr als zwei Kindern bis zu 11 Jahren oder älteren, nach schulpflichtigen oder gänzlich erwerbsunfähigen Kindern 10 Proz. des jeweiligen Lohnes oder Gehalts.

Die mehr als 7,10 Mk. bis einschließlich 8,15 Mk., und die mehr als 2100 bis 2600 Mk. Gehalt Beziehenden erhalten als Feuerungszulage die Differenz zwischen ihrem Lohn bzw. Gehalt und demjenigen Betrage, den sie unter Berücksichtigung vorstehender Staffeln erhalten würden, wenn ihr Lohn bzw. Gehalt nicht mehr als 7,10 Mk. bzw. 2400 Mk. betragen hätte.

Die Zahlung der Feuerungszulage soll mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1915 ab erfolgen mit der Maßgabe, daß alle, die bereits auf Grund des Stadtverordnetenbeschlusses vom 22. April 1915 eine Zulage erhalten, nicht weniger erhalten sollen, als sie bisher bezogen haben.

Die zehnprozentige Zulage für die Arbeiter, die einen Tageslohn bis zu 5 Mk. beziehen, bleibt demnach bestehen. Leider sind auch diesmal die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie nicht als Haupterhalter ihrer Familie anzusehen sind, ausgeschlossen. Es hätte wahrlich auch hier ein Weg gefunden werden können, den ledigen Arbeitern usw. über die schwere Zeit der Kriegsernennung hinwegzuhelfen. Die meisten sind entweder ohne Haushalt und somit auf fremde Leute angewiesen, was gerade jetzt nicht ein billiges Vergnügen ist, oder aber sie leben mit ihren Verwandten zusammen und haben so für deren Lebensunterhalt mit zu sorgen.

Mit der Knechtschabung der Kriegsteuerungszulage ist von der Stadtverwaltung zum ersten Male eine Staffellung nach der Minderzahl erfolgt. Wie aus der Ausprägung hervorgeht, beabsichtigt man auch bei späteren Maßnahmen ähnlich zu verfahren.

Vor der Stadtverordnetenversammlung tagte eine Sitzung der sozialpolitischen Deputation, an der Mollath, Aug. Haas teilnahm, der an Stelle des Kollegen P. Orth gewählt wurde. Letzterer legte sein Amt infolge Einberufung zum Wehrdienst nieder. Da eine Vertretung in den Kommissionen nicht möglich ist, war die Neuwahl erforderlich. In dieser Sitzung wurden u. a. zwei von uns gestellte Anträge angenommen, um die wir bzw. unsere Arbeiterauschussmitglieder jahrelang gekämpft haben.

In Zukunft erhalten alle Arbeiter, die an den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten sowie an Kaisers-Geburtsfest keinen früheren Arbeitslohn haben, in Frage kommen hauptsächlich Schichtarbeiter, zwei Stunden extra vergütet.

Ferner wurde endlich wasserdichte Kleidung für alle den Unbilden der Witterung ausgesetzten Arbeiter bewilligt.

Die Kollegen wollen aus vorstehendem ersehen, daß auch unter schwierigen Umständen der Gemeindeförderer bemüht ist, die Interessen der städtischen Arbeiter nachdrücklich zu wahren. Es bleibt einmal dabei, daß die freiorganisierte Arbeiterschaft der treibende Faktor ist, der die

Stadtverwaltung auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik vorandrängt. Daraus müssen unsere Mitglieder die Konsequenz ziehen und nicht nur die neuangestellten Arbeiter und Arbeiterinnen in unserem Verbandszuge führen, sondern auch unter dem alten Stamm der städtischen Arbeiter eine lebhaftere Agitation entfalten.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, den 25. Oktober 1915.

Noch immer wächst die Spannung über die Vorgänge auf dem letzten Hauptkriegsschauplatz: Serbien. Während das deutsch-österreichische Heer gegen die tapferen Serben nur langsam festen Fuß fassen kann und in den ersten 14 Tagen nicht viel über 30 bis 40 Kilometer von der Donau vordringen konnte, haben die Bulgaren eine förmliche Heberrennung des Gegners in Mazedonien durchgeführt. Bereits ist der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Neskub erobert, andere Truppenteile sind auf dem Wege nach Prilip und Konastir. Die angekündigte französische englische Hilfsarmee wird sich sehr beeilen müssen, wenn sie noch serbischen Anschluss vorfinden will. Auch Griechenland scheint die Lage der „Entente“ übel zu deuten, sonst hätte man wohl nicht das erstaunliche Angebot Englands abgewiesen, die Insel Cypern (mit fast 1/2 Million Einwohner) für ihren militärischen Bestand zu erhalten. — Es ist das erstmal, das England aus eigenem (allerdings erst 1914 definitiv annekstert) etwas anbietet. — Auch Rumänien soll von Russland das eigeneessarabien angeboten sein, wenn es gegen die Zentralmächte marschiert. Aber dazu hat es augenscheinlich jetzt ebenso wenig Lust wie Griechenland. Bei alledem hängen diese Entscheidungen über „Neutralität“ in erster Linie von den weiteren militärischen Erfolgen der Mächtegruppen ab. — Die Niesenoffensive im Westen scheint vorerst endgültig von den Franzosen aufgegeben. In Anbetracht der furchtbaren Opfer an Menschen und Munition ist das Ergebnis recht gering. Fest steht die Mauer im Westen. Ähnlich scheint es auch den Italienern bei ihrer letzten dritten großen Offensiv zu gehen. Vergeblich rennen sie gegen die österreichischen Stellungen an. Der Bericht Cadorna's verzeichnet zwar 2000 Gefangene, aber in dem Hin- und Herbogen des Kampfes auf breiterer Front sind solche Verluste unvermeidlich und gemessen an den ungeheuren blutigen Verlusten der angreifenden Italiener von geringer Bedeutung. — Im Osten sind wir augenscheinlich durch Truppenabzüge in die Abwehr gedrängt und namentlich in Wolhynien und Ostgalizien möchten auch die Russen eine „große Offensive“ entfalten. Bis jetzt sind sie aber nur an einzelnen Stellen kaum 1000 Meter vorgeedrückt. Dabei erlitten sie ungeheure Verluste

Die Regelung der Kohlenverbrennung.

In den „Soz. Monatsheften“ finden wir den nachfolgenden instruktiven Artikel von H. Lur:

Man kann sagen, daß die Kultur unserer Zeit nicht zuletzt auf der Verwendung der Steinkohle als primärer Energiequelle beruht; ebenso wichtig ist sie als Ausgangsmaterial für eine große Zahl wertvollster chemischer Verbindungen und als aktivstes Reaktionsmittel bei der hüttenmännischen Gewinnung von Metallen. Die Frage nach der voraussichtlichen Dauer dieses kostbaren Bodenschatzes hat also ihre tiefe Berechtigung, und verschiedene Staatsregierungen haben deshalb Kommissionen zu ihrem Studium eingeleitet. Nach Professor A. Frenck werden die Kohlenlager in Zentralfrankreich in etwa 100 Jahren erschöpft sein. Etwas länger, nämlich 200 Jahre, werden die Röhre im Königreich Sachsen, in Zentralböhmen, in Nordengland reichen. Die übrigen englischen Kohlenvorkommen sichern eine Ausbeute auf 250 bis 350 Jahre, die nordfranzösischen auf 350 bis 400 Jahre. Für die hauptsächlichsten deutschen Steinkohlenlagerstätten im Saar- und Ruhrrevier rechnet er auf eine Förderungsdauer von etwa 500 Jahren. Die größte Mächtigkeit weist das oberbayerische Mollathwäldchen auf, das auf noch etwa 1000 Jahre reichen dürfte. Voraussetzung für diese Annahme ist ein Abbau etwa in dem heutigen Umfang. Die unauflösbare Erschöpfung brandt uns also hinsichtlich der Energieversorgung vorläufig nicht zu schrecken, zumal wir mit Siderstein annehmen können, daß die direkte Ausnutzung der Sonnenwärme kein unlösliches Problem ist und den kommenden Geschlechtern wohl gelingen wird. Es ob dagegen möglich sein wird, auch die chemische Aktivität der Kohle als Reduktionsmittel zu erfassen, und ob wir je, ohne unsere Kulturhöhe herabzusetzen, auf alle diejenigen Stoffe

zichten können, in denen die Kohle als Verbindungen bildendes Element auftritt, erscheint mehr als zweifelhaft; deshalb ist es die primitivste Kulturpflicht, das Gut rationell auszunutzen, das für uns unentbehrlich geworden ist.

Wie überall in der Technik müssen wir auch hier danach streben, mit dem geringsten Aufwand die größten Leistungen zu vollbringen; denn mit der Vernichtung der Steinkohle vernichten wir gleichzeitig unweigerlich auch noch alle die wertvollen und schließlich unersetzlichen Stoffe, die in den Steinkohlen enthalten sind oder aus der Kohle bei ihrer zweckmäßigen Verwendung gewonnen werden können. Und wie auf zahlreichen anderen Gebieten des Gesellschaftslebens und der Technik der Weltkriege uns gelehrt hat, wie notwendig es für ein Volk ist, mit seinen Gütern hauszubalten und mit seinem Pfund zu wuchern, so ist es auch bei dem Problem der Kohlenverbrennung. Wir sind den Feinden darin voraus, daß wir nicht nur Steinkohle besitzen, sondern mehr als die anderen Völker aus ihr herauszuholen und nutzbar machen. Leider noch nicht genug. Denn sonst könnten wir gut mit der Hälfte der heutigen Steinkohlenförderung auskommen und mit den dadurch freierwerdenden Arbeitskräften, Transportmitteln und geistigen Energien andere Arbeit leisten, die heute zurückstehen muß.

In unseren Steinkohlen ruhen für jedes Kilo 6000 bis 8000 Wärmeinheiten aufgespeichert. Gelänge es, die Verbrennungswärme vollkommen in mechanische Energie umzusetzen, so könnten wir mit jedem Kilo Steinkohle, in der Stunde verbrannt, rund 12 Verdichtungen leisten. In Wirklichkeit beträgt die Ausnutzung aber nur 15 Proz. bei größeren Dampfmaschinen, die bei kleineren sogar bis auf 2 Proz. heruntersinkt. Schon bei kleinen Gasmotoren wird die Ausnutzung weit übertroffen, denn bei diesen geht der

Im Niga und Tünaburg wagt noch immer der Kampf. Sind sie einmal erobert, so dürfte das Gesamtbild der Ostfront sich (während der Wintermonate) dem der Westfront auffallend ähneln. Die Hoffnung auf schnellere Beendigung des Weltkrieges durch volle Erfolge auf dem Balkan ist freilich auch nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber eine Wahrscheinlichkeitsrechnung liegt nicht vor, ganz und gar nicht, wenn die von der Tagespresse ernstlich in Aussicht gestellte Offensive gegen Englisch-Ägypten zur Wirklichkeit werden sollte.

Nachfolgend Einzelvorgänge:

17. Oktober. Im Westen werden alle Angriffe der Engländer und Franzosen blutig abgewiesen. -- Südlich von Niga, westlich von Kurland und bei Smaragun Keilsfortschritte. (400 Gefangene). -- In Nordserbien langsame Vordringen der deutsch-österreichischen Truppen. -- Die Bulgaren drängen in Mazedonien vor. -- In Ungarn erleiden die Russen schwere blutige Verluste. -- Am 17. Oktober entwickeln die Italiener vergeblich lebendige Tätigkeiten. -- **18. Oktober.** Südlich Niga werden russische Stellungen erstickt. (210 Gefangene). -- Heftige Kämpfe am Str (Wolhynien) nehmen günstigen Verlauf. Österreicher gewinnen 600 Gefangene. -- Seeresgruppe v. Radenski ist in Serbien überall vorgedrungen. Torenovac, Brnic sind erobert. In dreitägigen Kämpfen haben die Österreicher beim Tvalaberg 2000 Gefangene eingebracht. -- Die Bulgaren haben das Timoktal erreicht (nördlich) und Pranja im Korawatal (Eisenbahn Salonik-Nisch) erobert. -- Heftige Kämpfe an der Sonzofront. Alle italienischen Angriffe werden abgeschlagen. -- **19. Oktober.** Im Westen werden in der Champagne 4 Offiziere, 364 Mann gefangen. -- Die Bulgaren besetzen Gari Palanka und drängen gegen Kumanowo vor. Sie nehmen 2000 Serben gefangen und erobern 12 Geschütze. -- Heftige italienische Angriffe auf der Südfront scheitern blutig. -- **20. Oktober.** Im Osten wird nördlich Wita das Dünaufer gewonnen. Rieber 1725 Gefangene, 6 Maschinengewehre. -- Armee v. Linzinger muß in eine rückwärtige Stellung, wobei 6 Geschütze verloren gehen. Gegenangriffe sind im Gange. -- In Serbien erreichen unsere Truppen Stepojevac-Waba. Österreicher rücken in Richtung Zabac (an der Drina) ein. -- Auch die Bulgaren drängen erfolgreich vor. -- In Galizien (am Dniepr) werden unter heftigen Abwehrkämpfen 1300 Gefangene eingebracht. -- Heftige italienische Angriffe auf der ganzen Front sind vergeblich. -- **21. Oktober.** Im Osten starke russische Angriffe bei Sadawa (Tünaburg) werden abgewiesen. -- Ebenso bei Parawitschi. Hier werden von der Armee Prinz Leopold im Gegenangriff 1140 Mann gefangen. -- Auch der deutsche Gegenstoß in Wolhynien, Armee v. Linzinger, hatte vollen Erfolg. 10 Offiziere, 3000 Mann gefangen, 8 Maschinengewehre. -- In Serbien Vordringen bis Slatina sowie Kanovac. -- Die Bulgaren haben bereits Pranja, Kumanowo und Beles (Bardatal-Eisenbahn) in Händen! -- In Ungarn sind seit 18. Oktober insgesamt 3000 Gefangene eingebracht. -- Nach 50-tägiger Artillerievorbereitung hat auf der ganzen italienischen Front die dritte große Offensive

eingesetzt. Bislang sind alle Angriffe der Italiener blutig zurückgeschlagen. -- Bulgarische Regierung versendet Protestnote an alle Regierungen wegen Völkerechtsbruch Englands und Frankreichs durch Reichlichung der ungezügelt offenen Mäntelstädte Tedeagatsch und Porto Lagos. -- **22. Oktober.** Russische Angriffe bei Sadawa (Tünaburg) scheitern. -- Westlich Gzartorski bringt die Armee v. Linzinger im Angriff bis Kullu vor. (600 Gefangene). -- An der Szara 1600 Gefangene. -- Bei Wisegrad (Nordwestserbien) wird der Drinaübergang erzwungen. -- Auch in Nordserbien weiteres Vordringen und Verfolgen der zurückweichenden Serben. (600 Gefangene). -- Die Bulgaren gewinnen die Timokfestung Negotin. -- Die beständige italienische Offensive dauert auf der ganzen Front an. Alle Angriffe werden blutig abgeschlagen. -- **23. Oktober.** Im Westen Teilgechte bei Sonhez. -- Nordwestlich Tünaburg ist nach langen Mänteln Kullu erstürmt. 18 Offiziere, 2040 Mann gefangen, 10 Maschinengewehre. -- Armee v. Linzinger gewinnt feindliche Stellungen bei Komarow. Insgesamt 758 Gefangene. -- Langsam drängen die deutsch-österreichischen Truppen in Nordserbien gegen die tapfer kämpfenden Serben vor. Bei Orsova (Waldseite) ist die Donau überschritten und die Höhe Slava Bogija genommen. -- Die Bulgaren haben in Mazedonien die wichtige Stadt Reskub erobert. -- Die italienische Offensive dauert auf der ganzen Front an. Alle Angriffe werden zurückgeschlagen!

• Kriegerbriefe •

Auf serbischem Boden. Kollege Otto Becker-Mannheim (Berlin) schreibt uns aus Serbien: „3. Serbien, 11. 10. 15. L. Jr.! Nachdem wir den Uebergang über die Save erzwungen und bezogen eingenommen haben, ist die schwerste Arbeit an dieser Front erledigt. Die Opfer waren groß und die Strapazen schweißend. Vier Tage und Nächte auf dem Weiden, bei stromendem Regen ohne Essen und Trinken. Es mußte erreicht werden und wir haben's geschafft. Ich bin nicht wenig stolz, als Erster vom Regiment mit meinem Trupp den serbischen Boden betreten zu haben. Es war unser Glück, denn wir kamen ungehorsam an Land, während das uns folgende Bataillon beim Uebersehen über die Save ein fürchterliches Feuer bekam. Wir hatten gute Deckung und so bin ich wieder mal heil und gesund aus der Patsche. Jetzt liegen wir in Divisionsreserve und können die müden Knochen strecken und uns wieder herausputtern. Da kommen mir die von Euch zugesandten Zigarren so recht zugute und danke ich Euch bestens dafür. Morgen geht's wieder vorwärts, hinein ins Ungewisse. Die Serben sind ein nicht zu verachtender Gegner; dagegen laufen die Mazedonier in großen Schwären zu uns über. Grüßt alle Freunde und Bekannte und seid Ihr alle bestens begrüßt!“

wirtschaftliche Wirkungsgrad von 18 bis 35 Proz. (freilich bezogen auf die Verbrennungswärme des Gases, nicht auf die der Steintohle, aus der das Gas bereitet worden war). Nicht wesentlich besser stellt sich die Wärmeausnutzung bei unseren üblichen Heizanlagen. Der englische Kamin hat eine Wärmeausnutzung von kaum 5 Proz. Gute Zentralheizungen dagegen machen bis 60 Proz. nutzbar. Aber sowohl bei den Heizanlagen als auch bei den Dampfmaschinen kommen zu den Wärmeverlusten, die heute noch unvermeidlich erscheinen, noch andere Verluste, die heute bereits durchaus vermeidbar sind. Verbrennen wir Steintohle einfach auf einem Kofel, so erhalten wir neben der Asche als Verbrennungsprodukt bei gut geleiteter Verbrennung lediglich Kohlendioxid, Stickstoff und Wasser dampf, die durch den Schornstein entweichen. Für den allgemeinen Naturprozess ist das freilich an sich kein absoluter Verlust, denn woblendend und Wasser sind die hauptsächlichsten Baumaterialien der Pflanzengwelt; aber für uns bedeutet die Vermeidung der in der Steintohle bereits gebildeten Kohlenstoff- und Stickstoffverbindungen einen ganz direkten Verlust, da diese Verbindungen die Ausgangsstoffe für zahllose chemische Produkte sind, ohne die wir uns unser Kulturleben gar nicht mehr denken können. Diese Verluste sind es hauptsächlich, die vermieden werden sollten, und die schon auf Grund des Standes der heutigen Technik sehr wohl vermieden werden können, ohne daß wir uns in unserer Lebensführung die mindesten Beiränkungen aufzuerlegen brauchen.

Verbrennen wir die Steintohle mit offener Flamme, erhalten wir sie vielmehr unter Luftabfuhr in geschlossenen Gefäßen auf etwa 1200 bis 1400 Grad, so erhalten wir als Produkte dieser trockenen Destillation ein Gemisch von Gasen und Dämpfen, während in den Destillationsgefäßen, den Retorten, mehr oder weniger

reiner Kohlenstoff in der Form von Koks und Retortengraphit zurückbleibt. Die entweichenden Dämpfe kondenstiert man durch Wasserfällung. Sie liefern den Teer, ferner Fernwasser und Ammoniakwasser. Die gasförmigen Destillationsprodukte werden zunächst von ihrem Gehalt an Schwefel, Ammoniak und Cyan gereinigt und gelangen als Leuchtgas in das Leitungsnetz der Gasanstalten. Dieses Leuchtgas hat je nach der verwendeten Kohle und nach der Vergasungstemperatur verschiedene Zusammensetzung. Die Analyse eines normalen Leuchtgases weist folgende Bestandteile auf: Wasserstoff 50 Proz. des Volumens, Methan 33 Proz., Kohlenoxid 3 Proz., Schwere Kohlenwasserstoffe 4 Proz. (darunter etwa 0,5 Proz. Benzol), Kohlendioxid 1 Proz., Stickstoff 4 Proz. In den Anfängen der Leuchtgasindustrie wurde auf dieses Leuchtgas fast ausschließlich Wert gelegt, während die Nebenprodukte kaum Verwendung fanden und als überaus lästige Beigabe erdienen. Selbst der Gasanstaltskoks trat nur als wenig angenehmer Abfallstoff auf, für den mit Mühe Abnehmer aufzutreiben waren. Diese Verhältnisse haben sich seit den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts so von Grund aus geändert, daß heute keine Gasanstalt mehr ohne Verwertung der Nebenprodukte rational arbeiten würde. Selbst in demjenigen Anhalten, die zur Erzeugung von industriellen Koks eingerichtet sind, wie er in den Hochöfen und Hüttenwerken gebraucht wird, legt man heute auf die Gewinnung der Nebenprodukte einen ganz besonderen Wert. Zunächst werden die hier als Abfallstoffe auftretenden Gase aufgefangen und zur Veredlung von Dampfweizen, zur Vorwärmung der Gekochten, zum Betrieb von Großgasmaschinen und selbst zu Beleuchtungswecken verwendet. Aus den die höchstenwertigen Stoffe, Teer und Ammoniakwasser, geben den gewerblichen Kofereien eine reiche Einnahmequelle.

(Zussetzung folgt)

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Friedberg (Hessen). Die Stadtverwaltung bewilligte rückwirkend vom 1. Mai bis 1. Oktober eine Zulage von wöchentlich 1 Mk. Diese Summe wird aber nicht in bar ausgezahlt, sondern es werden Kartoffeln oder Brennmaterial dafür geliefert. Vom 1. Oktober bis auf weiteres werden pro Woche 2 Mk. Zulage gezahlt.

• Aus unserer Bewegung •

Münchberg. Am 17. Oktober fand im „Gasthaus zum Witzelsbacher Hof“ eine gut besuchte Versammlung statt. An Stelle des Kassierers, der dienstlich verhindert war, gab Kollege Värtl den Kassenbericht des 3. Quartals, dem wir entnehmen, daß sich die Organisation auch während dieser ernten und schweren Zeit über Wasser hält; und noch innen und außen feier denn je dasteht. Durch die vielen andauernden Einberufungen geht zwar lokale Mitgliedschaft immer weiter zurück, jedoch nur infolge der zum Heeresdienst Einberufenen. Es sind nur wenige Arbeitskollegen, die bis heute bei uns fahnenflüchtig wurden. — Kollege Reichmann gab den Bericht des Gewerkschaftsvereins, der zur Kenntnis genommen wurde. Leider hatte die Versammlung nach § 6 des Verbandsstatuts das bisherige Ritualied Major Gajzl, Mäher in der Stadtgärtnerei, auszusprechen.

Berlin. Bereits am 8. September d. J. richteten wir im Auftrage der in den Betrieben der F. C. G. A. beschäftigten Arbeiter und Handwerker an die Generaldirektion ein Gesuch um eine Vergeltensschädigung für den laut Arbeitsvertrag gewährleisteten, aber in diesem Jahre entzogenen Sommerurlaub. Bis zur Stunde hat man den in Frage kommenden Beschäftigten eine Entschädigung nicht gewährt. Zum mindesten hätten wir jedoch erwartet, daß man während dieser 7 Wochen Zeit gefunden haben würde, um zu diesem Gesuch Stellung zu nehmen. Da nun die Direktion der F. C. G. A. es anscheinend nicht für notwendig hält, uns einer Antwort zu würdigen, so möchten wir hier an dieser Stelle daran erinnern, daß die Bezahlung des entzogenen Sommerurlaubs nach einem in der vorigen Woche ergangenen Urteil des Berliner Oberverwaltungsorgans unbedingt erfolgen muß. Wenn die städtischen Gaswerke Berlins in der Lage waren, ihren Arbeitern Urlaub, wenn auch verkürzt, zu gewähren, haben die analogen Gaswerke zum mindesten die moralische Pflicht, ihren Arbeitern das gleiche zuzulassen. Sört man doch so oft den Wunsch der Kollegen: „Wären doch bloß unsere Betriebe erst in städtische Hände übernommen.“ Hoffen wir, daß der Tag nicht mehr fern sein möge.

Friedberg (Hessen). Am März reichten die städtischen Arbeiter eine Eingabe an die Stadtverwaltung ein um Teuerungszulage von 30 Pf. pro Tag. Ein jeder städtischer Arbeiter trug sich mit dem Gedanken: diese Forderung stößt auf keinen Widerstand, da die Lebensverhältnisse so liegen, daß diese Forderung bewilligt wird. Aber man hatte sich verrechnet. Im Mai wurde sie in der Gas- und Wasserkommission sowie in der Rentkommission verhandelt. Die Gaskommission heischlos, Erhebungen zu machen, wie sich andere Städte dazu stellen. Die Rentkommission legte der Eingabe keine Bedeutung bei, so flog sie unter den Tisch. Die Stadtverordnetenversammlung behandelte die Forderung im Juni, mit dem Resultat, neue Erhebungen anzustellen. Man muß sich darüber wundern, daß die Stadtverordneten zu solch einem Beschluß kamen. Trotzdem unser Hauptvorstand den Stadtvorstand mit Material versah, hörte man nichts mehr von der Eingabe, die allen werden geschloffen. Im August d. J. sah sich die städtische Verwaltung, erneut vorstellig zu werden. Kollege Altbater-Struthpart unterhandelte mit dem Bürgermeister und erhielt das Versprechen, in 14 Tagen sei alles erledigt. Die 14 Tage waren herum und die Arbeiter erhielten keinen Bescheid. So haben sich die städtischen Arbeiter Anfang Oktober veranlaßt, erneut dem Bürgermeister zu sagen, daß es mit dem Lohn unmöglich so weiterginge. Endlich sah die Stadtvorstand den Beschluß, den Arbeitern pro Woche vom Mai bis Oktober 1 Mk., vom Oktober an 2 Mk. wöchentlich zu gewähren. Diese Erhöhung ist nur auf die Längezeit des Verbandes zurückzuführen; das sollen diejenigen, die dem Verband noch nicht angehören, sich überlegen, daß sie jetzt ersten und nichts gesät haben. Es gilt jetzt nur die Parole: Sinein in den Verband!

Hannover. Am 20. Oktober fand im Gewerkschaftsraum unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassenbericht gab folgenden Bild: Einnahme inkl. Verband 4057,37 Mk., Ausgabe 281,77 Mk., Reiben 3775,60 Mk., an den Verbandsvorstand gesandt 571,27 Mk., Reiben in der Höhe 2904,33 Mk. Mitgliederbeitrag Ende des Quartals 192. Kollege Meißner referierte aus dem über unsere Aufgaben. Redner hob hervor, daß es Pflicht der Mitglieder sei, autoritätlich sich zu betätigen, um alle noch fernstehenden Arbeitskollegen

für den Verband zu gewinnen. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen das Verhalten der Maratier, die die Lebensmittel so fürchtbar in die Höhe getrieben, scharf gezeigelt. Zum 2. Vorsitzenden wurde Kollege Reichel gewählt.

Leipzig. Unsere Kollegen nahmen am 15. d. M. in gutbesuchter Versammlung Stellung zu ihrer Eingabe vom 4. 9. 1915 um Teuerungszulage. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird des Ablebens von vier gestorbenen und 10 im Felde gefallenem Mitgliedern, sowie der Kollegen Sebald, Besolowski und des hiesigen Stadtverordneten Genossen Erntb, der mit großer Eingabe unsere Interessen im Stadtparlament mit verfocht, in ehrender Weise gedacht. Kollege Schuchardt gab dann folgenden Bericht: Anfang September d. J. hatten die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen dem Rat durch die Verbandsleitung eine Eingabe unterbreitet, in der um Gewährung einer Teuerungszulage auch für diejenigen städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen ersucht wurde, die unter der Kriegszeit noch keine Teuerungszulage erhalten haben. In Betracht kommen solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die entweder ohne Kinder oder deren Kinder bereits über das 15. Lebensjahr hinaus gelangt sind, sowie Ledige, die für Angehörige zu sorgen haben. Diese Gruppen waren in der Vorlage des Rates vom 24. April über die Gewährung einer Minderkriegszulage unberücksichtigt geblieben und auch in der Antwort des Rates an das Kollegium vom 23. Juni d. J. war nur einem kleinen Teil dieser Arbeiter eine Zulage in Aussicht gestellt worden. Es hieß: „daß die Vorlage auch auf solche ältere Arbeiter, bei denen es die besonderen Verhältnisse nötig erscheinen lassen, ausgedehnt werden solle“. Die Alagen sind unter dieser Gruppe nicht geringer geworden. Es scheinen nur wenige Glücke zu sein, die von dieser Bestimmung getroffen wurden. Die Entscheidung darüber, wer von den älteren Arbeitern eine Teuerungszulage bekommt, hat sich der Rat vorbehalten. Minderlose und Ledige haben überhaupt noch nichts erhalten, obwohl auch sie unter der Teuerung und dem Lebensmittelwucher durch gewaltige Mehrausgaben stark zu leiden haben. Wenn man sich nun die gegenwärtigen Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt und andererseits die geringen Löhne der städtischen Arbeiter vergegenwärtigt, die selbst der Rat in seiner Vorlage vom 24. April d. J. als gering bezeichnet, so hätte man annehmen können, daß die Behörde den Arbeitern durch Erfüllung ihres bescheidenen Wunsches entgegengekommen wäre. Doch das ist nicht der Fall. Der Rat hat nicht nur die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt, sondern es auch nicht einmal für notwendig gehalten, ihnen auf diese Eingabe und eine den gleichen Zweck betreffende Anfrage zu antworten. Zu diesem Verhalten des Rates nahmen nun die städtischen Arbeiter in einer gutbesuchten Versammlung Stellung. Durch die einstimmige Annahme der nachfolgenden Entschließung wurde die Verbandsleitung beauftragt, die weiter erforderlichen Schritte zu veranlassen. Die Entschließung lautet:

„Die heutige Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Befremden davon Kenntnis, daß ihre Eingabe vom 4. September d. J., um Mitgewährung einer Teuerungszulage an diejenigen städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis jetzt während der Kriegszeit noch keine solche erhalten haben, bis zum heutigen Tag trotz Anfrage vom Rat unbeantwortet und unberücksichtigt geblieben ist.

Die Versammlung ist nicht in der Lage, in diesem Verhalten eine wohlwollende Stellungnahme für die städtischen Arbeiter zu erblicken. Sie bedauert dies um so mehr, als durch die enorme Teuerung aller Lebensbedürfnisse die wirtschaftliche Lage der Mehrzahl der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen geradezu trostlos geworden ist und dringender Abhilfe durch eine Teuerungszulage oder Lohnerhöhung bedarf. Die Versammlung beauftragt deshalb die Verbandsleitung, alle erforderlichen Schritte vorzunehmen, die geeignet sind, ein günstiges Ergebnis der Eingabe herbeizuführen.“

Die Abrechnung vom 3. Quartal schließt in Einnahme und Ausgabe mit 11 438,74 Mk. ab. An Unterstützung wurde gezahlt in Sterbefällen 395 Mk., im Krankheitsfall 627,02 Mk. und Familienunterstützung an die Kriegsfamilien 251 Mk. Bis zum 30. 9. waren 663 Mitglieder zum Heere eingezogen worden, von denen 26 als gefallen und einer als vermißt gemeldet wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde die Abrechnung richtig gesprochen und der Kassierer entlastet. Zustimmung erteilt die Versammlung zu der Maßnahme der Landesverwaltung in dem korporativen und in Einzelmitgliedschaft erfolgtem Beitritt in den Verein „Heimatbund“ zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte. In gleicher Weise gibt die Versammlung ihre Zustimmung zur Abwendung einer Liebesgabe an die zum Heere eingezogenen Mitglieder. — Nach Veröffentlichung des obigen Berichts in der „Leipziger Volkzeitung“ vom 20. d. M. in am 21. die Antwort des Rates bei uns eingetroffen, worin mitgeteilt wird, daß Erörterungen stehen über die Gewährung einer Teuerungszulage neben der Minderkriegszulage.

◆ Internationale Rundschau ◆

Oesterreich. Eine Zeitschrift der österreichischen Gewerkschaftskommission, die dem Minister des Innern von den Genossen Sueber und Seitz überreicht wurde, gibt ein Bild der Wirtschaftslage in Oesterreich, insbesondere auch über das Wirken der Gewerkschaften. Ende 1913 gehörten den Zentralverbänden (ohne die technisch-autonomistischen) 415 195 Mitglieder an. Die scharfe Krise jener Zeit veranlaßte im ersten Halbjahr 1914 nur fünf österreichische Gemeinden, es endlich mit einem Anfang zu einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu versuchen; die größte dieser Gemeinden — Graz — stellte 6000 Kronen dafür in den Vorschlag ein. In Wien, Prag, Brünn usw. war man über vorbereitende Erwägungen mit größtenteils verneinendem Ergebnis nicht hinausgekommen. Die mit Kriegsbeginn einsetzende Arbeitslosigkeit verminderte sich bald ebenso wie in Deutschland. Ende 1914 hatten die Zentralverbände nur noch 240 681 Mitglieder; ihre Ausgaben waren 1914 um 1,6 Millionen Kronen gestiegen, es wurden an Arbeitslosenunterstützung allein in diesem Jahre bei 8,2 Millionen Gesamteinkommen (fast 2 Millionen weniger als 1913) 9,9 Millionen Gesamtausgaben 3 Millionen aufgewendet. Dabei waren die meisten Verbände zur Herabsetzung der Unterstützungssätze genötigt. In sehr eindringlichen und beweiskräftigen Darlegungen fordert die Zeitschrift ein rechtzeitiges Eingreifen des Staates zur Vorbereitung der Zurückführung der Volkswirtschaft auf den Friedenszustand; es wird für den Fall der Unterlassung ein Wiederaufleben der Abwanderungen gerade der qualifizierten Arbeiter nach den Ländern mit vorgeschrittener Sozialpolitik (Deutschland, England) vorausgesetzt. Die Gewerkschaftskommission betont, daß die allerdings nur zur Friedensarbeit gegründeten, finanziell schon so außerordentlich stark in Anspruch genommenen Gewerkschaften zur Mitarbeit an dieser ausschlaggebend wichtigen Arbeit des Staates bereit sind.

◆ Rundschau ◆

Die Not der Kriegermütter! Nach einer Zeitungsnotiz ist damit zu rechnen, daß die Reichsunterstützung für Kriegervfamilien für die Monate November bis einschließlich April auf 15 Mark für Kriegervfrauen und auf 7,50 Mark für die übrigen Unterstützungsbedürftigen Personen pro Monat erhöht wird. Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Erhöhung nicht etwa die Gemeinden zur Herabsetzung der überflüssig gewährten Unterstützungen veranlaßt. Wenn die Gemeinden, die bisher Zuschüsse in gleicher Höhe der Reichsunterstützung gewährten, nun auch entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze eintreten lassen, so ist den Familien der Kriegsteilnehmer in diesen Orten wenigstens in geringem Maße Erleichterung ihrer Lebenshaltung geschaffen. Von der Unterstützung allein kann auch dann nur in den seltensten Fällen gelebt werden. Wo die Gemeinden nur geringe oder gar keine Zuschüsse zahlen, ist davon gar keine Rede. Ganz allgemein ist namentlich in den Familien, wo der Mann schon längere Zeit Kriegsdienste leistet, die Not recht groß. Das ist vielen Bevölkerungsschichten auch bekannt. Wenn die große Anteilnahme an dem Los der Kriegervfamilien, die in den ersten Kriegswochen zum Ausdruck kam, auch erheblich nachgelassen hat, so ist sie dennoch immer noch so stark, daß es Entschlossen auslösen muß, zu sehen, daß einer besonderen Gruppe Angehöriger von Kriegsteilnehmern so wenig Beachtung geschenkt wird. Es sind das die Angehörigen unvertehrter Kriegsteilnehmer, vor allen Dingen ihre Mütter. Diese erhalten ohne Rücksicht auf die Zahl der Söhne, die sie im Felde haben, vom Reich eine monatliche Unterstützung von 6 Mark (vom 1. November ab 7,50 Mark) und im günstigsten Falle von den Gemeinden den gleichen — manchmal einen etwas höheren Betrag — und schließlich noch eine geringe Mietsunterstützung. Das ist aber auch alles. Der gesamte Betrag deckt in den meisten Fällen noch nicht einmal die Wohnungskosten. Den Kriegervfrauen wird eine höhere Unterstützung gerade in der Voraussetzung, daß ihnen und den Kindern durch Einziehung des Mannes und Vaters der Haupternährer, ja oftmals der alleinige Ernährer genommen ist. Aber auch den alleinlebenden Müttern unvertehrter Kriegsteilnehmer ist vielfach Notardrängende Einsätze abgeschritten. Diese Frauen sind dann in einer ganz besonderen Notlage. Sie befinden sich nicht in vorgeschrittenem Alter und waren in der Regel früher nicht erwerbstätig. Für sie ist es deshalb besonders schwierig, sich durch Erwerbsarbeit Einkommen zu verschaffen. In den Arbeiterfamilien zahlen die erwachsenen Kinder für Kost, Wohnung, Wäsche usw. einen bestimmten Betrag. Dieser ist meist so bemessen, daß er im Einzelfalle nicht eine Bezahlung der Arbeit der Mutter oder eine Unterstützung an sie bedeutet. Wo aber mehrere Familienangehörige bedürftig in dieser Weise zusammenwirtschaften, hat auch die Mutter ihr Auskommen, wo die Familien konnte sich sogar die Armeinkinder einer größeren Wohnung verschaffen. Den Müttern mehrere erwachsener Kinder blieb bei ihrer Arbeit für diese und für die Wirtschaft gar keine Zeit für Nebenverdienst übrig. Für

kleidung sorgten die Kinder gemeinsam, so daß für die Mütter auch gar keine Notwendigkeit dazu gegeben war. Nun sehen nicht selten mehrere Söhne einer Familie im Felde, und die Mütter sind mit einem Schlag jeglicher Mittel beraubt. Außerdem haben sie vielfach noch eine größere Wohnung auf dem Hals. Besondere Unterstützungen zu erhalten, ist nicht so einfach, einmal, weil die Fonds dafür sehr zusammengeschmolzen sind, und weiter, weil der Nachweis schwer zu erbringen ist, daß die Kinder die Mütter unterstützen haben. Das, was im Einzelfalle gezahlt worden ist, war aber, absolut genommen, keine Unterstützung, sondern nur Erstattung der durch sie entstandenen Kosten. Praktisch wirkte es aber wie eine Unterstützung, besonders in größeren Familien. Schulid, vielleicht noch schlimmer, wirken die Bestimmungen der Militärhinterbliebenenversorgung. Hier ist die Gewährung des Kriegselterngeldes ausdrücklich an den Nachweis gebunden, daß der Gefallene ganz oder teilweise den Unterhalt der Mutter bestritten hat. Das kann unter Umständen sogar zur Ablehnung jeglichen Anspruchs führen. In den angeführten Fällen besteht freilich noch die Möglichkeit, den Anspruch zu begründen. Es werden aber Fälle vorkommen, wo dies nach den geltenden Bestimmungen nicht geschehen kann und wo dennoch der Tod des Kriegsteilnehmers die zukünftige Erziehung der Mutter — manchmal auch des Vaters oder beider Eltern — vernichtet hat. Nicht selten werden alle verfügbaren Mittel in der Familie aufgewendet für die Ausbildung der Kinder, insbesondere der Knaben. Wie oft legen sich z. B. Arbeitermütter große Entschlüssen auf, um die Söhne etwas lernen zu lassen, alles in der Erwartung, daß sie später dafür materiell entschädigt werden oder doch ihr Auskommen durch Zusammenleben in der Familie zu finden. Wir haben nun leider unter den Gefallenen bereits eine ganze Anzahl, deren Ausbildung kaum oder noch nicht einmal ganz beendet war. In diesen Fällen besteht gar kein Anrecht auf Unterstützung und doch sind — ganz abgesehen von den seelischen Wirkungen, die der Tod des Sohnes, auf den alle Hoffnungen aufgebaut waren — im Gefolge hat, die Hinterbliebenen schwer geschädigt. Wo nun ein Unterstützungsanspruch anerkannt wird, sind auch bei der Hinterbliebenenversorgung die Mütter gegenüber den Witwen gefallener Krieger im Nachteil. Der geringe Betrag, den eine Kriegervwitwe erhält, sind 400 Mark im Jahre. Kriegselterngeld wird nur in Höhe von 250 Mark gezahlt, und außerdem kann hierauf kein Rechtsanspruch geltend gemacht werden, denn das Elterngeld gehört nur zu den fakultativen Leistungen, die nach dem geltenden Recht nur gewährt werden können. Es wäre deshalb dringend notwendig, daß bei der angeführten Reform des Militärhinterbliebenengesetzes auch dieser Wirkungen gedacht wird, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gesamtwert dadurch größere Schäden auferlegt werden. Ebenso notwendig aber ist es, daß bei der Unterstützung der Familienangehörigen von Kriegsteilnehmern die Notlage der Mütter mehr Berücksichtigung findet. Der wirtschaftlichen Schädigungen, die der Krieg im Gefolge hat, gibt es mancherlei, und die beste Fürsorge kann auch nicht entfernt einen Ausgleich schaffen. Es muß deshalb zunächst und in der Hauptsache das Bestreben darauf gerichtet sein, die schlimmsten Wirkungen zu beseitigen und den am meisten Bedürftigen Hilfe zu bringen. Zu diesen gehören aber zweifellos die Kriegermütter.

Die Konsumgenossenschaften und die Volksernährung im Kriege. Am 8. und 9. Oktober fand in Hamburg auf Einladung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Konferenz von Sachverständigen aus den Reihen der Konsumgenossenschaften statt, die sich mit der Volksernährung im Kriege beschäftigte. Vom Reichsamt des Innern waren die Herren Wirklicher Geheimrat Oberregierungsrat Präsident Dr. Haug und Geheimrat Regierungsrat Dr. Jungs, vom Direktorium der Reichsgüterbetriebe Amtshauptmann Dr. Wack und Direktor Höpfe erschienen. Ferner nahmen zahlreiche Vertreter der Zentralenkaufgenossenschaft und des Kriegsaussschusses für Konsuminteressen an den Beratungen teil, denen als Vertreter der Konsumvereine mehr als 170 Abgeordnete aus allen Gauen Deutschlands beizubehören. Die Tagesordnung war eine außerordentlich reichhaltige. Sie beschäftigte sich nicht nur mit den Erfahrungen, die in der abgelaufenen Kriegszeit mit den verschiedenen Anordnungen der Behörden gemacht wurden, sondern nahm selbstverständlich auch Stellung zu der Frage, was künftig im Interesse der Volksernährung zu geschehen habe. Zugleich wurden noch die Maßnahmen ausgetauscht, die sich aus der Mitarbeit von Konsumgenossenschaften und Lebensmittelanschaffern bei ihrem Zusammenarbeiten mit Gemeinden und Behörden, Kreis- und Bezirksbehörden, mit Gewerkschaften und anderen Körperchaften bei der Bekämpfung der Lebensmittelknappung ergeben haben. Die Verhandlungen ergaben eine Fülle von wertvollem Material, das den zuständigen Reichsbehörden nicht nur durch die anwesenden Vertreter, sondern auch durch ein stenographisches Protokoll zugänglich gemacht werden wird. Sie führte auch weiter zu einer ganzen Reihe von positiven Vorschlägen und Forderungen für die künftige Regelung der Volksernährung. Es wurde anerkannt, daß durch die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, vor allem durch die Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl, bei allen unvermeidlichen Mängeln doch viel Gutes geschaffen sei, und es wurde mit Nachdruck betont, daß man ein ähnliches energisches Eingreifen auch auf anderen Gebieten nur

wünschen könne. Bei der Beratung der Einzelfragen wurden ebenfalls viele wertvolle Anregungen gegeben und auf alle in der Praxis hervorgetretenen Mängel aufmerksam gemacht. Die Vertreter besonders der Reichspretendentsstelle unterzogen sich der dankenswerten Aufgabe, Aufklärung zu schaffen und etwaige Irrtümer zu berichtigen, mit regem Eifer. Es darf deswegen wohl der Hoffnungen Ausdruck gegeben werden, daß diese Konferenz, in der die Männer der Praxis der Volksernährung mit den Regierungsvertretern in unmittelbare Verbindung treten, für die künftige Gestaltung der Dinge von nicht unerheblicher Bedeutung sein wird. Dem wurde auch von den Vertretern der Behörden Ausdruck gegeben, wenn gleich bei der außerordentlichen Reichhaltigkeit der Wünsche und Beschwerden es nicht möglich war, daß die Regierungsvertreter auf alle Einzelheiten erschöpfend Auskunft geben oder bestimmte Zusagen machen konnten. Die Genossenschaftler unterhielten sich dann weiter über die hochwichtige Frage, welche Maßnahmen erforderlich seien, um die Kriegswirtschaft möglichst einfach in die Friedenswirtschaft überzuführen, welche die Feststellung der Wirkungen des Krieges auf die Konsumverhältnisse zum Gegenstande hatten. Man darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß diese, wie von Regierungsseite ausdrücklich betont wurde, von hervorragender Sachkenntnis geleiteten Beratungen dazu beitragen werden, der Regierung die Aufgabe zu erleichtern, in der Folgezeit die Volksernährung in geordnete Bahnen zu leiten und vor allem dazu beizutragen, daß die Preisgestaltung in einer Weise erfolgt, die auch den weiten Kreisen der Minderbemittelten die Beschaffung alles dessen möglich macht, was zu des Leibes Nahrung und Notdurft gehört. Dieser Hoffnung wurde in der Sitzung nicht nur von den Vertretern der Konsumverhältnisse, sondern mit besonderem Nachdruck auch von den Vertretern der Behörden Ausdruck verliehen.

Unsere künftige Handelspolitik. Die Eingabe der großen wirtschaftlichen Verbände, die unter Führung des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Landwirte an die Reichsregierung die Forderung richteten, beim Friedensschluß bestimmte handelspolitische Forderungen dieser Interessentengruppen zu berücksichtigen, hat dem Kriegsausschuß für Konsumverhältnisse einen Anlaß gegeben, sich gleichfalls mit dieser Frage, die vom Standpunkte großer Konsumverhältnisse überhaupt ist, zu beschäftigen. Er hat sich dabei freigegeben von einer Erörterung der Streitfrage der Handelspolitik, ob Freihandel oder Schutz Zoll. Der Kriegsausschuß für Konsumverhältnisse überhaupt nicht den einseitigen Standpunkt der Verbraucherinteressen eingenommen hat. Aber er hat in seiner Eingabe betont, daß zwischen der berechtigten volkswirtschaftlich geforderten Förderung von Produktion und Handel durch politische Methoden und der spekulativen Ausgestaltung der Zoll- und Handelsvertragspolitik zugunsten der privatwirtschaftlichen Erwerbsinteressen unternehmender Produzenten und Händler ein grundlegender Unterschied besteht. Durch den Mißbrauch der Handelspolitik für die Zwecke einseitiger Interessentengruppen, wie er sich in den eingangs erwähnten heimlichen Vertreibungen des sog. Kartells der jüdischen Stände andeutet, werden sozialwirtschaftliche Gegensätze in der Nation heraufbeschworen, die eine Abwehrbewegung der Konsumverhältnisse gerade so notwendig machen, wie der Mißbrauch der Kriegskontinuität durch Produzenten und Händler auf dem Binnenmarkt die Wunde der Kriegsausschüsse für Konsumverhältnisse ins Leben gerufen hat. Zum Schluß erhebt er die Forderung, daß im „Wirtschaftlichen Ausschuss“, der dem Reichsamt des Innern angegliedert ist, die großen Berufsverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Vertretung erlangen. Die Fragen, die an dieser Stelle behandelt werden, sind nicht mehr reine Interessenfragen der großen Berufsverbände der Landwirtschaft und Industrie; an ihr haben auch Anteil die Kreise der Verbraucher, besonders unter Berücksichtigung der außerordentlich hohen Preislage aller Gebrauchsgüter, die wahrscheinlich auch noch nach dem Kriege die erwerbstätige Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung außerordentlich beengten wird.

Von der Kriegsverversicherungskasse der Volksfürsorge sind bis zum 12. Oktober vor den 39 700 Kriegsteilnehmern, für die 58 100 Anteilscheine erworben wurden, 392 mit 671 Anteilscheinen als gefallen gemeldet worden. Bei dieser Zahl ist zu beachten, daß diese Anmeldungen nicht erschöpfend sind und daß auf diese Zahl Berechnungen über die Höhe der zur Auszahlung gelangenden Beträge noch nicht angestellt werden dürfen, aber immerhin zeigen sie, daß das Verhältnis der Gefallenen zu der Zahl der Eingegangenen noch kein ungünstiges ist. Jedenfalls aber sollten alle Angehörigen, zu deren Gunsten Anteilscheine gelöst wurden, veranlaßt werden, ihnen bekanntwerdende Verluste sofort bei der Rechnungsstelle der Volksfürsorge an ihrem Ort oder beim Hauptbüro in Hamburg, beim Strohhause 38, zu melden. Die Auszahlungen der Volksfürsorge an die Angehörigen der bei ihr Versicherten steigern sich. In der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober 1915 sind bei 26 Todesfällen Versicherungssummen im Betrag von 714 Mk. ausgezahlt worden. An Prämien waren dafür 929,20 Mk. eingezahlt.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Hermann. Verantwortlicher Redakteur Emil Fittmer, beide Berlin W. 57, Unter den Eichen, 24. Druck: Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 63, Lindenstr. 3.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Der Zimmerer“. (Lehrbuch der Bauverbandslehre Teil II.) Von den Direktoren Kirsch, Nienburg und Prof. Nienkoop, Baumstadt. 4. vermehrte und verbesserte Auflage. Gr. Oktav. 116 Seiten mit 135 Abbildungen. Kart. 1,80 Mk. Verlag G. W. Ludwig Tegeter, Leipzig.

In diesem kurz gefaßten und doch erschöpfend behandelnden Werkchen ist alles das niedergelegt, was vor allen Dingen der Zimmerer, dann aber auch allgemein der Baumeister, Techniker, Bauführer usw. von der Zimmermannshunde wissen muß: die Verbindungen der Hölzer (Verlängerung, Verknüpfung, Verklattung, Verbreitlung), die Balkenlagen, Aufböden, Fachwerke oder Fachwände, Bretterwände, Unterzüge, Jochen, Sänge- und Sprengwerke, Dächer (Zattel-, Pult-, Waln-, Mansarde-, Zelt-, Kuppel-, Turm Dach), das Austragen und Schiften, die Aufschlingung und Trauslauten (Gefenke), Vangerüste wie die Stärke der Balken und Hölzer des Dachverbandes.

Alles das finden wir hier leicht verständlich an der Hand vieler recht hübscher Abbildungen (Konstruktionszeichnungen) meist in isometrischer Darstellung vor Augen geführt.

Durch Belgien. Wanderungen eines Ingenieurs vor dem Kriege. Nach J. Paris „La Belgique au travail“ und anderen Quellen bearbeitet von Hanns Günther. Mit 25 Abbildungen nach Photographien und Zeichnungen und einer Uebersichtskarte. 1915. Stuttgart, Francksche Verlagshandlung („Kosmos“ Verlag). Geb. 3 Mk., geb. 4 Mk.

Die Wanderfahrten, die hier geschildert sind, führten den Verfasser abseits von den Wegen des Durchschnittrreisenden, denn er wollte keine Museen, keine Paläste, keine Kathedralen und Kirchen sehen, sondern das arbeitende Belgien mit seinen Kohlenzechen, Kanälen, Glasbläsen, Eisenwerken, Spinnereien, Webereien und seinen vielen anderen Industrien, denen das kleine Land den Ruhm, das erste Industrieland der Welt zu sein, verdankt.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| Hermann Gödeke, Hamburg
Laternenwärter
† 15. 10. 1915, 35 Jahre alt. | Karl Obrig, Berlin
Pensionär
† 21. 10. 1915, 63 Jahre alt. |
| Josef Hofe, Leipzig
Laternenwärter
† 14. 10. 1915, 46 Jahre alt. | Gottf. Vonhausen, Würzburg
Arbeiter am Bauamt
† 18. 9. 1915, 65 Jahre alt. |
| Günrich Kemstedt, Hamburg
Waudeputation
† 16. 10. 1915, 61 Jahre alt. | Friedrich Wolf, Berlin
Parlarbeiter
† 15. 10. 1915, 72 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|--|---|
| Wilhelm Grubus, Hamburg
am 30. September im Alter von 35 Jahren im Osten gefallen. | Joh. Olenksläger, Godelan
am 26. September im Alter von 21 Jahren gefallen. |
| Michael Coy, Godelan
am 3. August im Alter von 23 Jahren gefallen. | Wilhelm Peters, Henkölke
Gasarbeiter, am 20. August im Alter von 45 Jahren gefallen. |
| Jakob Fay, Frankfurt a. M.
am 26. September im Alter von 31 Jahren gefallen. | Kurt Raute, Dresden
am 25. September im Alter von 28 Jahren in Rußland gefallen. |
| M. Kipnowski, U. Schönem.
Arbeiter, am 22. Juli im Alter von 28 Jahren gefallen. | August Schrödter, Hamburg
am 2. August im Alter von 45 Jahren im Osten gefallen. |
| Paul Koy, Breslau
am 24. September im Alter von 37 Jahren gefallen. | G. Schnäker, Wilmersdorf
Gasarbeiter, am 15. September im Alter von 46 Jahren gefallen. |
| Fritz Koop, Wittenberge
Hilfsarbeiter, am 23. Aug. in Rußland an Cholera gestorb. | Karl Trautmann, Grono
am 26. September im Alter von 30 Jahren in Frankreich gefallen. |
| Emil Welsch, Berlin
Gasarbeiter, am 26. August im Alter von 26 Jahren gefallen. | Paul Wählfisch, Berlin
Gasarbeiter, am 18. Oktober im Alter von 55 Jahren gefallen. |

Ehre ihrem Andenken!